



Lehman-Zentrale in New York, 2008: Über 100 000 Anleger streiten um die Hinterlassenschaft der Investmentbank

FINANZKRISE

Opfer und Profiteure

Im Internet einsehbare Unterlagen aus dem Lehman-Konkursverfahren geben einen tiefen Einblick in das Innere der gescheiterten US-Investmentbank und des globalen Finanzsystems – und zeigen, wie mit den Überresten des Lehman-Imperiums schon wieder kräftig gezockt wird.

SAP-Gründer Klaus Tschira, 68, ist einer der reichsten Männer der Republik und ein großzügiger Förderer von Wissenschaft und Forschung. Eigentlich wollte er nicht spekulieren, sondern nur sein milliardenreiches Paket aus SAP-Aktien 2007 gegen Kursverluste absichern. Leider tat er es bei der US-Investmentbank Lehman.

Wegen der Pleite von Lehman sackte der Aktienkurs von SAP kräftig ab, aber auch die Absicherung war nichts mehr wert. Deshalb haben Tschiras Stiftung und seine Beteiligungsfirma bei Lehmans Insolvenzverwalter in New York Forderungen in Höhe von 977 Millionen Dollar angemeldet.

Mit Tschira streiten über 100 000 Anleger auf der ganzen Welt um die Hinterlassenschaft von Lehman. Die Pleite der US-Investmentbank löste vor gut einem Jahr die Weltfinanzkrise aus. Bis spätestens Montag dieser Woche müssen Ex-Kunden, Ex-Investoren, Ex-Geschäftspartner und Ex-Beschäftigte beim Insolvenzverwalter in New York ihre Ansprüche anmelden. Nur so können sie ihre Chance wahren, wenigstens einen kleinen Teil davon aus der amerikanischen Konkursmasse des Bankkonzerns zurückzubekommen.

Rund eine Billion Dollar könnten die Gesamtforderungen in den diversen Konkursverfahren erreichen, schätzen Insider. Der US-Dienstleister Epiq Systems hat im Auftrag der Konkursverwalter alle Unterlagen ins Internet gestellt, damit die Geschädigten prüfen können, ob ihre Forderungen richtig aufgenommen wurden. Die eingereichten Dokumente, Verträge und Belege erlauben einen tiefen Einblick in die Interna der gescheiterten Bank und die hochkomplex vernetzte Welt des Finanzsystems. Es wird deutlich, warum die Lehman-Pleite im vergangenen Jahr die Konten prominenter Anleger ebenso erreichte wie die Pensionskasse von Pfarrern oder Kirchenbeamten, Rücklagen von Rentnern und die Bilanzen der großen Banken und Versicherungen.

Die Unterlagen zeigen, wie ehemalige Lehman-Manager aus der von ihnen mitverursachten Bankpleite noch dreistellige Millionensummen für sich herausholen wollen und wie einfache Ex-Angestellte um ein paar tausend Euro kämpfen. Sie geben sensible Daten preis von Anlegern und Lehman-Mitarbeitern, die nun überrascht darüber sind, dass nach amerikanischer Tradition alle eingereichten Informationen öffentlich zugänglich sind. Und

sie zeigen, dass auch mit den Überresten des zerbröselten Lehman-Imperiums noch kräftig weitergezockt wird.

Auch die deutsche Finanzindustrie macht gigantische Forderungen gegenüber den Insolvenzverwaltern von Lehman geltend. Sie hat Schäden in Höhe von über 50 Milliarden Dollar in New York angemeldet.

Der Bundesverband deutscher Banken (BdB) verlangt 25,7 Milliarden Dollar plus Zinsen. Das entspricht der Gesamtsumme der Forderungen, die bei der Branchenvertretung der privaten Banken eingegangen ist. Deren Einlagensicherungsfonds musste für die Deutschland-Tochter der US-Investmentbank einspringen und zahlte bis Mitte September 6,3 Milliarden Euro.

Wer bei dem Frankfurter Ableger von Lehman Geld angelegt hatte, bekam in der Regel sein Geld wieder. Die Stadt Freiburg beispielsweise erhielt ihre Einlage von 47,6 Millionen Euro nebst Zinsen von der Einlagensicherung zurück. Zahlreiche Versicherungen und andere institutionelle Anleger kassierten ebenfalls. Nur die Forderungen der Banken und der über 40 000 Privatanleger, die in Lehman-Zertifikate investiert hatten, waren ungeschützt. Hier erklärte sich die Einlagensicherung für

nicht zuständig. Die Zertifikate wurden meist von einer niederländischen Lehman-Tochter aufgelegt.

Weil der größte Schadensfall in der Finanzgeschichte die Kassen der Einlagensicherung rettungslos überfordert hätte, half die Bundesregierung mit einer Garantie des Bankenrettungsfonds Soffin für eine Anleihe in Höhe von 6,7 Milliarden Euro aus. Zinsen und Garantiprovisionen, die im nächsten Jahr auf gut 178 Millionen Euro steigen, machen die Vertreter des Bankenverbands nun geltend.

Andere Forderungen sind nicht so gut belegt. Selbst Gehaltsansprüche oder Anwaltskosten, die nichts mit der Einlagensicherung zu tun haben, wurden beim Bankenverband gemeldet. Sie landeten ebenfalls auf der großen Liste, die der BdB nach New York schickte, und inflationieren die Ansprüche auf über 25 Milliarden Dollar. Auf die Schnelle konnte die Berechtigung der vielen Forderungen nicht kontrolliert werden, heißt es.

Wichtigste Anspruchsgrundlage für all das ist eine großspurige Garantieerklärung von Richard Fuld vom 26. Oktober 1993, die der BdB seinem Forderungskatalog beigelegt hat. Darin erklärt der meistgehasste Bankchef der westlichen Welt, bis zur Pleite der Chef im Lehman-Reich, dass sein Kreditinstitut selbstverständlich für alle Geschäfte der deutschen Tochter geradestehen werde.

Leider gab Fuld ähnliche Erklärungen nicht nur dem Berliner Bankenverband, sondern Tausenden Gläubigern auf der ganzen Welt. Bei den Unterlagen, die nun im Netz zu besichtigen sind, wimmelt es von fuldschen Garantien. Es gibt viele Banken, die so einen Brief des Lehman-Chefs im Tresor haben. Sie sind der tragische Beweis dafür, dass die New Yorker Bank systemrelevant war und ihre Pleite deshalb fast das weltweite Finanzsystem in den Abgrund gerissen hätte.

Auch die Deutsche Bundesbank hat solch ein Schreiben, bei ihr unterschrieb 1994 sogar das ganze Direktorium von Lehman. Selbst die Bundesbanker fielen auf Fuld herein. Gut 8,5 Milliarden Euro ließ sich die deutsche Lehman-Tochter zwischen dem 3. April 2008 und dem 11. September 2008 von der Notenbank. Da standen die Amerikaner längst am Abgrund, sie stopften mit den frischen Euros die Löcher in ihrer Kasse.

Als Sicherheit für die durchaus üblichen Transaktionen zwischen Geschäfts- und Notenbanken lieferte Fuld überwiegend sogenannte ABS-Papiere in Frankfurt ab. Das klingt vertrauenswürdig, irgendwie nach Sicherheit.

Doch mittlerweile weiß man, dass Lehman in diese strukturierten Wertpapiere alles packte, was sie gerade loswerden wollte. Dass beispielsweise auch Ramschanleihen vom US-Immobilienmarkt darin

enthalten waren, merkte die Bundesbank erst später.

Nach der Pleite versuchte die Bundesbank, die von Lehman eingereichten Sicherheiten marktschonend zu verkaufen. Doch der Markt für Lehman-Papiere war zusammengebrochen. Die Bundesbank zahlte einem Finanzberater aus London gut 7 Millionen Dollar und einer Anwaltskanzlei 3,4 Millionen Dollar, um die ABS-Papiere zu entsorgen. Alles umsonst.

Vorsorglich haben die Notenbanker nun die gesamten Forderungen, insgesamt 10,4 Milliarden Dollar, beim Insolvenzverwalter angemeldet. Darin enthalten sind auch die üppigen Beraterkosten. Dass die Bundesbank irgendwann die gesamte Summe als Schaden verbuchen muss, ist wie beim Bundesverband deutscher Banken eher unwahrscheinlich. Schließlich sind die Sicherheiten nicht ganz wertlos. Zudem beteiligen sich die anderen Zentralbanken des Eurosystems an den Verlusten.

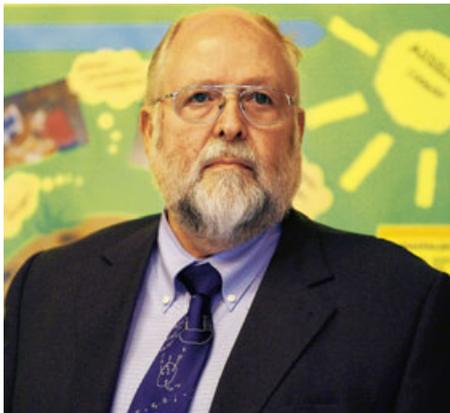
Genauso wie die Bundesbank handeln auch die anderen Akteure nach der Devise: Eher zu viel als zu wenig fordern. „Wenn der Insolvenzverwalter irgendwann eine Quote nennt, ist es gut, mit einem hohen Nominalbetrag dabei zu sein“, sagt der Chef eines Frankfurter Kreditinstituts.

Gleichzeitig ist ein schwungvoller Handel mit den Lehman-Schulden im Gange. Die Kollegen der anderen Investmentbanken kennen keine Skrupel. Ihre Rechnung ist einfach: Die Lehman-Forderungen für die Holding in den USA werden teilweise mit einem Abschlag von rund 90 Prozent gehandelt. Wenn der Insolvenzverwalter irgendwann vielleicht 15 Prozent ausschüttet, liegt ihr Gewinn bei 50 Prozent. Beim Insolvenzverfahren für die deutsche Lehman-Tochter sind die Spekulanten sogar noch optimistischer: Dort sanken die Abschläge, so eine Händlerin, auf aktuell 54 Prozent.

Besonders heftig zockt offenbar die Deutsche Bank in London. Aus den US-Dokumenten geht hervor, dass sie in den vergangenen Monaten Lehman-Forderungen mit einem Nennwert von mehreren Milliarden Dollar erworben hat. Nur so ist zu erklären, dass die Deutsche Bank bis Ende vergangener Woche über hundert Positionen mit einem Nennwert von 6,6 Milliarden Dollar angemeldet hat.

Manchmal kaufen die Londoner Investmentbanker mit dem Geld ihres Frankfurter Arbeitgebers ein, gehen also richtig ins Risiko. Häufiger agieren sie im Auftrag von Hedgefonds oder nur als Berater.

Beispielsweise kaufte die Deutsche Bank Forderungen des Stahlkonzerns Salzgitter in Höhe von gut hundert Millionen Dollar auf. Auch die Unicredit-Tochter Hypo Vereinsbank verkaufte den Deutschbankern Lehman-Forderungen in Höhe von über einer Milliarde Dollar. Die Münchner Bank wollte nur noch raus aus dem Engagement. Der Abschlag war so attraktiv, dass die



Lehman-Gläubiger Tschira, Ackermann: Selbst die Bundesbanker fielen herein



Deutsche Bank zugriff und nun auf ein gutes Geschäft hofft.

Wie hoch die tatsächlichen Lehman-Risiken für die einzelnen Banken sind, lässt sich den Statistiken nur schwer entnehmen. Durch Doppelanmeldungen sind die Zahlen „gefährlich aufgeplustert“, meint ein Insider.

Das Institut von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann beispielsweise betont, dass alle Abschreibungen schon im Jahresabschluss für das Jahr 2008 verarbeitet worden sind. „Aufgrund von Gegenpositionen und Absicherungsgeschäften haben wir keine Verluste aus der Lehman-Insolvenz erlitten“, heißt es.

Selbst Lehman-Insider staunen über viele Details, die sie jetzt in den Konkursunterlagen nachlesen können. Ehemalige Beschäftigte der Frankfurter Filiale etwa ärgern sich darüber, dass der Ex-Manager Joseph Gregory aus der New Yorker Zentrale nicht nur stolze 233 Millionen Dollar aus uneingelösten Aktienoptionen für sich reklamiert. Der Mann, der von vielen Lehman-Beschäftigten für die Pleite der Bank mitverantwortlich gemacht wird, will zudem noch eine jährliche Rentenzahlung von 700 000 Dollar aus der Konkursmasse abgreifen.

Einige Lehman-Mitarbeiter haben unvorsichtigerweise sogar individuelle Arbeitsverträge oder Monatsabrechnungen

eingereicht, auf denen, neben Adresse, Bankverbindung, Sozialversicherungsnummer und Krankenkasse, auch sämtliche Einkünfte aufgeführt sind.

„Es ist ja spannend zu lesen, dass mein früherer Chef 2007 neben dem Festgehalt von 211 500 Euro noch 513 000 Euro Boni kassiert hat“, sagt ein Ex-Lehman-Banker. „Aber ein Hammer ist schon, dass

Trittbrettfahrer nutzen die gute Datenlage zur Geschäftsanbahnung.

das jetzt auch sein Nachbar im Netz finden kann.“

Ähnliche Unruhe verursacht die Offenheit des US-Konkursverfahrens bei vielen Anlegern. „Für einen Wohlfahrtsverband wie uns ist das nicht gut, wenn das offen auf dem Markt ausgetragen wird“, heißt es bei einem süddeutschen Unterbezirk der Arbeiterwohlfahrt, der rund 452 000 Dollar Verlust durch sein Lehman-Investment reklamiert. Vergleichbar äußert sich der Finanzchef der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die rund 1,8 Millionen Dollar aus Mitarbeiter-Versorgungsfonds zur Entschädigung angemeldet hat.

Auch der Rechtsanwalt eines aus dem Privatfernsehen bekannten Comedians will auf keinen Fall veröffentlicht sehen, dass

sein Mandant knapp 80 000 Dollar Verlust aus einer gescheiterten Lehman-Investition angemeldet hat. Nur bei wenigen ging die Angelegenheit so günstig aus wie bei SAP-Gründer Tschira: Durch die Kurserholung der SAP-Aktie seien keine Verluste entstanden, sagt sein Vermögensverwalter.

Bei deutschen Datenschützern löst der Vorgang Ratlosigkeit aus. In den USA werde der freie Zugang zu Informationen weit wichtiger genommen als Datenschutz. „Die Frage ist nur, ob die Banken und Insolvenzverwalter, die zur Anmeldung der Ansprüche aufgefordert haben, darüber ausreichend aufgeklärt haben“, sagt eine Sprecherin des Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar.

Geändert hätte auch ein klarer Warnhinweis nichts, meint ein Hamburger, der mehr als 624 000 Dollar Verlust aus Lehman-Papieren beklagt. „Wenn ich das nicht anmelde, gehe ich leer aus.“ Ärgerlich seien nur die Trittbrettfahrer, die die gute Datenlage über die Lehman-Geschädigten schon wieder zur Geschäftsanbahnung nutzen.

Gerade habe ihn ein Anwalt angerufen, der ihn zu einer großangelegten Sammelklage gegen die Lehman-Konkursverwalter habe überreden wollen, berichtet der Hamburger. Auch der Jurist witterte eine Chance, von der Lehman-Pleite noch kräftig zu profitieren.

MATTHIAS BARTSCH, CHRISTOPH PAULY

Gern geschehen!

Kunden der Knappschaft profitieren von ausgezeichnetem Service und vielen Extraleistungen, die nicht jede Krankenkasse bietet. Zum Beispiel von bis zu 160 Euro Zuschuss für die Aktivtage in ausgesuchten Hotels. Wann wechseln Sie zur Krankenkasse, die sich nicht nur kümmert, sondern auch lohnt? Mehr Informationen unter www.knappschaft.de oder 08000 200 501 (gebührenfrei).